

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE.

EFRE-Programm 2014-2020 sozialer gestalten!

Die großen sozialen Nöte und Verwerfungen in Bremen und Bremerhaven sind von der ersten Bremer Armutskonferenz erneut ins öffentliche Bewusstsein gerufen und auch von Bürgermeister Böhrnsen in seiner Neujahrsansprache 2014 hervorgehoben worden: „Die wachsende Spaltung der Gesellschaft ist eine der größten Herausforderungen, vor der wir alle stehen. (...) Der Senat wird die Armutsbekämpfung noch stärker in den Mittelpunkt seiner Arbeit rücken.“ Eine neuartige Möglichkeit zur Lokation von finanziellen Mitteln zur Bekämpfung der Armut und sozialen Spaltung stellt das EFRE-Programm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) 2014-2020 dar. In diesem Programm werden unterschiedliche Teilziele angeboten, die die teilnehmenden Länder und Regionen auswählen können. Erstmals hat eines der angebotenen Teilziele die „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ zum Inhalt (Teilziel 9).

Der Senat hat aktuell sein Programm für die Verwendung der EFRE-Fördermittel in Bremen in verschiedenen Deputationen und Ausschüssen vorgestellt. Das Land Bremen kann in den nächsten 6 Jahren rund 103 Mio. Euro erwarten, die durch Mittel des Bremischen Haushalts in gleicher Höhe kofinanziert werden müssen. Die Festlegungen des Senats implizieren also auch spezifische Ausgaben Bremens in den kommenden Jahren. Das Programm des Senats sieht vor, 10 Prozent der Mittel für die Finanzierung des Teilziels 9 (Armutsbekämpfung) auszugeben. 50 Prozent sollen zur „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“ (Teilziel 1) verwendet werden, 20 Prozent der Mittel zur „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ (Teilziel 3) und 20 Prozent zur „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“ (Teilziel 4). Laut EU-Vorgabe müssen mindestens 80 Prozent aller Fördermittel für die letztgenannten drei Teilziele (Teilziel 1, 3 und 4) verwendet werden. Im Programm des Senats werden dafür jedoch 90 Prozent aufgewandt.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE wird diese Schwerpunktsetzung den besonderen Herausforderungen und sozialen Verwerfungen Bremens und Bremerhavens noch nicht gerecht. Angesichts der auch von Bürgermeister Böhrnsen anerkannten sozialen Herausforderungen ist es geboten, die verfügbaren EFRE-Mittel für die Bekämpfung der Armut so weit wie möglich zu erhöhen. Unter Einhaltung der EU-Kriterien können für sie bis zu 20 Prozent der gesamten Fördermittel angesetzt werden. Im Gegenzug sollen die angesetzten Mittel des Teilziels 1 („Innovation“) entsprechend um 10 Prozent gesenkt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den Planungen für das EFRE-Programm 2014-2020 die vorgesehenen Mittel für das Teilziel 9 („Bekämpfung der Armut“) von 10 Prozent auf 20 Prozent anzuheben und im Gegenzug die vorgesehenen Mittel für das Teilziel 1 („Innovation“) von 50 Prozent auf 40 Prozent abzusenken.

Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE